

Antrag 2023/I/Ges/3

Jusos Hamburg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Ruhetage zu streichen, bedeutet Mental Health zu streichen!

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an die SPD-
2 Bürgerschaftsfraktion beschließen:

3 Wir fordern die SPD-Bürgerschaftsfraktion dazu auf i.S.d. der Petition “des Bundesverband
4 rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V” (BRF):

5 • Sich für die Rücknahme des Beschlusses aus dem Mai 2022 und die Neubewertung der
6 jeweiligen Prüfungstermine durch die einzelnen (Landes-)Justizprüfungsämter einzusetzen.
7

8 • Sowie eine ernsthafte, selbstkritische und konstruktive Reformdebatte anzustoßen, die
9 die studentische Perspektive gleichberechtigt mit einbezieht und die Probleme des Jura-
10 studiums betrifft.

11 **Begründung**

12 Das Studium der Rechtswissenschaften ist mannigfaltig geprägt von psychischen und physi-
13 schen Belastungen. Diese Belastungen steigen mit dem Näherrücken der staatlichen Pflicht-
14 fachprüfung. Der bisher angewandte Verlauf der staatlichen Pflichtfachprüfung sieht in der
15 überwiegenden Mehrheit der Bundesländer Ruhetage zwischen den Examensklausuren vor.
16 Diese dienen vor allem der Erholung zwischen den Klausuren. Nach jüngsten Erkenntnissen
17 sollen jene der Vergangenheit angehören und schrittweise bundesweit gestrichen werden.

18 Die Entscheidung zur Streichung der Ruhetage wurde – ohne die Einbeziehung der studentischen
19 Interessensvertretungen – bereits im Mai 2022 von den Justizprüfungsämtern beschlos-
20 sen.

21 Die Streichung der Ruhetage im Examen ist ein Schritt in die falsche Richtung, indem wie-
22 der neue Probleme geschaffen werden, statt sich mit konstruktiven Lösungen zu einer Reform
23 des Jurastudiums auseinanderzusetzen. Die Streichung der Ruhetage erhöht den psychischen
24 Druck, für die Examenskandidat*innen weiter. Den Studierenden wird wichtige Regenerations-
25 zeit genommen, um unter humanen Prüfungsbedingungen den schriftlichen Teil der staatlichen
26 Pflichtfachprüfung absolvieren zu können. Dieser Schritt senkt die Attraktivität des Jura-
27 studiums weiter und intensiviert die Gefahr den Nachwuchsmangel in den juristischen Berufen
28 zu verstärken, wodurch die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats gefährdet wird.